

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlement

Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Bitte nehmen Sie das beiliegende Schreiben zur Kenntnis.

- Im Falle mündlicher Anfragen nutzen Sie bitte die telefonischen Durchwahlmöglichkeiten des Amtes. Unter der angeführten Telefonnummer und Klappe erreichen Sie den zuständigen Sachbearbeiter.

- Bei schriftlichen Mitteilungen führen Sie bitte die Geschäftszahl an und verwenden Sie die Postanschrift des Amtes. Sie tragen damit zu einer rascheren Bearbeitung Ihres Anliegens bei.

Besten Dank!

ZI 48 GE 87

Datum: 8. OKT. 1987

Verteilt 9. OKT. 1987 *Reichenberg*

Dr. Kapke

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

wie umstehend

Betreff

wie umstehend

Chiemseehof

☎ (0662) 80 42 Durchwahl

Datum

2428

- 6. OKT. 1987

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der NÖ Landeregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der OÖ Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ Landeregierung
Schenkenstraße 4
1010 Wien
- ✓ 10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:

DDr. Krohn

Landesamtsdirektor-Stellvertreter

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 Wien

Chiemseehof

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

☎ (0662) 80 42 Durchwahl

Datum

0/1-1081/2-1987

2428/Dr. Hammertinger 6.10.1987

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes über die Beratung, Betreuung und
besondere Hilfe für behinderte und hilfsbedürftige Menschen
(Bundesbehindertengesetz - BBG); Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 40.006/12-1/1987

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis VfSlg. 8831
u.a. ausgeführt:

"Aus der Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers zur Regelung der
in den Kompetenzbestimmungen der Artikel 10 bis 12 B-VG um-
schriebenen Fachgebiete - etwa 'Sozialversicherungswesen'
(Art. 10 Abs. 1 Z. 11), 'Gesundheitswesen' (Art. 10 Abs. 1
Z. 12), 'Fürsorge für Kriegsteilnehmer und deren Hinterblie-
bene' (Art. 10 Abs. 1 Z. 15), 'Dienstrecht der Bundesbedien-
steten' (Art. 10 Abs. 1 Z. 16) und 'Armenwesen' (Art. 12 Abs. 1
Z. 1) - fließt auch seine Kompetenz, Maßnahmen zur Behinderten-
hilfe vorzusehen, soweit sie mit diesen Sachgebieten im Zusam-
menhang stehen.

Für den Landesgesetzgeber besteht die Zuständigkeit, im Rahmen
seiner Generalkompetenz (Art. 15 Abs. 1 B-VG) Maßnahmen zur
Behindertenhilfe dann vorzusehen, wenn sie nicht (vornehmlich)

- 2 -

auf Gesichtspunkte zurückzuführen sind, die sich aus einem dem Bund zur Regelung vorbehaltenen Sachgebiet ergeben."

Aus verfassungsrechtlicher Sicht erscheint es höchst bedenklich, daß weite Teile des Entwurfs nicht auf die Art. 10 bis 12 B-VG gestützt werden können, sondern daß für sie der Art. 17 B-VG in den erläuternden Bemerkungen als Kompetenzgrundlage genannt wird. Zum einen stellt sich die Heranziehung des Art. 17 B-VG als Kompetenzgrundlage überhaupt als problematisch dar, zum anderen steht fest, daß in sogenannten "Selbstbindungsbestimmungen" keine subjektiven Rechte, die notfalls vor Gerichten oder Verwaltungsbehörden durchgesetzt werden können, begründet werden dürfen (vgl. dazu auch Antonioli-Koja: "Allgemeines Verwaltungsrecht", 2. Auflage, Seite 227 ff.). Dazu stehen wesentliche Bestimmungen des Entwurfs im Widerspruch.

Dem Entwurf stehen jedoch nicht nur schwerwiegende Bedenken aus verfassungsrechtlicher, sondern auch aus föderalistischer Sicht entgegen. Während nach ha. Auffassung der Schwerpunkt der Kompetenzen im Bereich der Behindertenhilfe auf Grund des Artikel 15 Abs. 1 B-VG bei den Ländern liegt und sich eine Zuständigkeit für den Bund nur ausnahmsweise ergibt, wenn Maßnahmen der Behindertenhilfe in einem unlösbaren Zusammenhang mit einer in die Bundeszuständigkeit fallenden Materie stehen, so tendiert der Entwurf in die entgegengesetzte Richtung, indem er versucht, die Basis für ein umfassendes Behindertenrecht auf Bundesebene zu schaffen. Dabei wird in den erläuternden Bemerkungen zum Entwurf sogar die Perpetuierung der bis 31.12.1989 befristeten Verfassungsbestimmung zugunsten des Bundes im Invalideneinstellungsgesetz 1969 antizipiert.

Derzeit bestens bewährte landesrechtliche Regelungen im Bereich der Behindertenhilfe (in Salzburg: das Salzburger Behindertengesetz 1981, LGB1. Nr. 93) würden durch diese zentralistische Vorgangsweise weitgehend an Bedeutung verlieren. Dabei scheint gerade im Hinblick auf den Kreis der durch die Regelungen Be-

troffenen, nämlich der Behinderten, eine dezentrale und unbürokratische Vorgangsweise besonders vonnöten.

Da einige jener Bundeskompetenzen, auf Grund derer der Bund auch Angelegenheiten der Behindertenhilfe regeln kann, im Hinblick auf die Zahl der Betroffenen künftig an Bedeutung abnehmen werden (z. B. "Fürsorge für Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene") oder überhaupt auslaufen (z. B. Verfassungsbestimmung im Invalideneinstellungsgesetz 1969), erschiene es vielmehr angebracht, daß der Bund die Angelegenheiten der Behindertenhilfe gänzlich den Ländern überantwortet.

Der vorliegende Entwurf eines Bundesbehindertengesetzes muß daher insgesamt gesehen sowohl aus verfassungsrechtlichen als auch aus föderalistischen Gründen nachdrücklich abgelehnt werden.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:

DDr. Krohn
Landesamtsdirektor-Stellvertreter